

Berner Zeitung, Thurgau

sagt Adieu

18.5.2015

SPRACHENSTREIT. Im Kanton Thurgau lernen künftig nur noch Sekundarschüler Französisch. Diese Botschaft von Erziehungsdirektorin Monika Knill (SVP) kommt in Bundesbern schlecht an. Für SP-Nationalrat Matthias Aebischer ist damit das Fass übergelaufen. Der Bund müsse jetzt handeln. Bundesrat Alain Berset hat bereits vor einem Jahr klargemacht, dass man es nicht akzeptieren würde, wenn sich ein Kanton aus dem Sprachenkompromiss verabschiede. Im Vordergrund steht eine Anpassung des nationalen Sprachengesetzes. *cab* SEITE 14 + 15

Thurgau lässt den Sprachenstreit eskalieren

Berner Zeitung, 18.9.2015

FREMDSPRACHEN Die Erziehungsdirektoren leisten beim Fremdsprachenunterricht zwar noch Beziehungsarbeit. Den Kanton Thurgau kümmert das aber nicht mehr: Er verlegt Französisch auf die Oberstufe. Damit ist für Nationalrat Matthias Aebischer das Fass überlaufen. Nun müsse der Bund eingreifen.

Im Kanton Thurgau sind die Würfel gefallen: Derzeit wird der Lehrplan angepasst, ab nächstem Sommer werden die Lehrerinnen und Lehrer auf die neue Situation vorbereitet: Französisch wird ab Sommer 2017 neu erst ab der siebten Klasse unterrichtet, Englisch weiterhin ab der dritten.

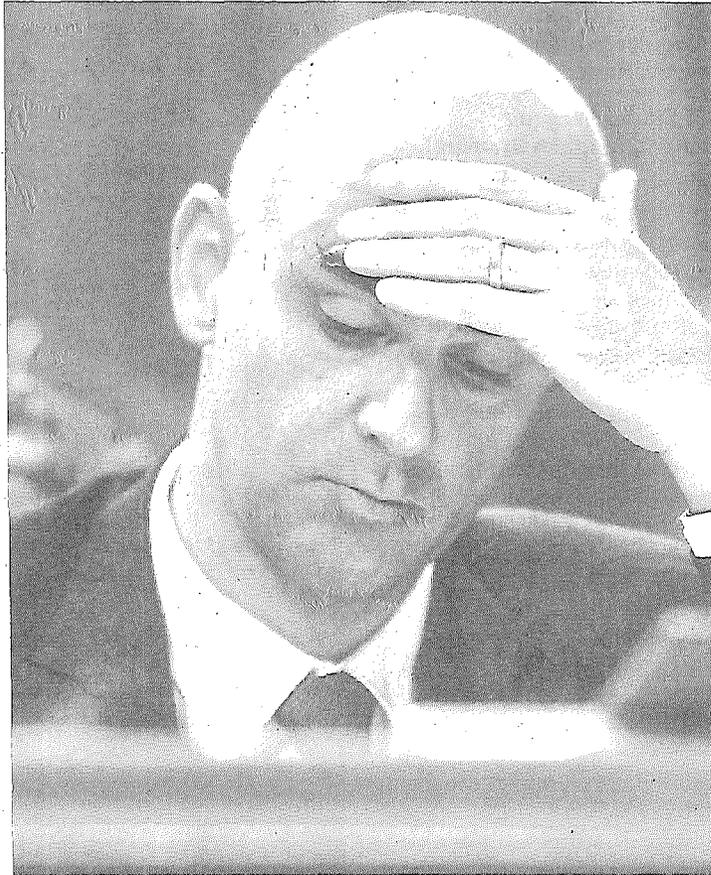
Was geschieht nun? Vor einem Jahr sagte Bundesrat Alain Berset klipp und klar, dass das Abweichen eines grösseren Kantons, das Eingreifen des Bundes zur Folge habe. Er will den 2004 gefundenen Kompromiss im Sprachengesetz festschreiben: Die erste Fremdsprache wird ab der dritten, die zweite ab der fünften gelehrt, und eine davon hat eine zweite Landessprache zu sein.

Der Verband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) hat bereits im Juni festgehalten, dass sich die Sprachenpolitik in einer Sackgasse befinde. Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat darauf Empfehlungen ausgearbeitet, um den Kompromiss zu festigen. Die Anhörung dazu geht am 30. September zu Ende (siehe Box).

Monika Knill setzt Auftrag um

Für den Kanton Thurgau kommen diese Bemühungen zu spät. Laut Erziehungsdirektorin Monika Knill wird der im August 2014 überwiesene Vorstoss aus dem Grossen Rat derzeit umgesetzt, ein Rückkommen sei unwahrscheinlich. Die Motion der vormaligen Kantonsrätin und heutigen SVP-Nationalrätin Verena Herzog fordert die Streichung des Französischunterrichts aus dem Lehrplan der Primarschule. Man werde nun den Spielraum nutzen, den das übergeordnete Recht biete, fährt Knill fort.

Das aktuelle Sprachengesetz legt nur fest, dass am Ende der obligatorischen Schulzeit das Ni-



Bundesrat Alain Berset hat sich vor einem Jahr festgelegt: Breche ein Kanton aus dem Sprachenkompromiss aus, müsse der Bund handeln.

veau der Kenntnisse in zwei Fremdsprachen vergleichbar sein soll. Knill ist überzeugt, dass dieses Ziel mit mehr Französisch auf der Sekundarstufe zu erreichen ist. Zwang von Bundesseite fände sie «ein schlechtes Signal». Knill wehrt sich für ihren Kanton: «Uns ist der Föderalismus und der nationale Zusammenhalt ein grosses Anliegen. Letzterer geht über die Detailregelung einer kantonalen Stundentafel hinaus.» Ausschlag zur Motion hätten übrigens pädagogische Bedenken von Lehrpersonen wegen überforderter Schüler gegeben.

Rote Linie ist überschritten

Matthias Aebischer (SP, BE), Präsident der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK), hat bisher gehofft, dass man im Thurgau von diesem Schritt absieht. Nun ist für ihn der Zeitpunkt für ein beherztes Eingreifen des Bundes gekommen: «Ich werde das Geschäft in der WBK-Sitzung vor der Wintersession traktandieren», sagt er. Im Vordergrund steht für ihn wie für

Keystone

Berset eine Änderung des Sprachgesetzes. Die WBK des Nationalrats hat sich bereits dafür ausgesprochen, jene des Ständerats will vorerst nichts tun.

«Worst Case» für die Schule

Das wäre aber genau der «Worst Case» für Bernard Gertsch, Präsident des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz. Gertsch leitet selber eine Schule im Kanton Thurgau und bedauert persönlich die Abkehr vom EDK-Kompromiss. Hingegen würde eine Bundesintervention, die erst nach der Umstellung des Französischunterrichts erfolgt, der Thurgauer Schule noch stärker schaden.

Beat Zemp, als LCH-Präsident der oberste Lehrer der Schweiz, hat dafür zwar Verständnis, meint aber: «So wäre es dann halt.» Würde man diesen Schritt nämlich tolerieren, folgten bald weitere Kantone, sagt er mit Verweis auf kantonale Initiativen, die dasselbe Ziel verfolgen. Die von der Bundesverfassung verlangte Harmonisierung der Volksschule würde damit verunmöglicht. Den Preis sollen aber nicht die Schülerinnen

«Französisch auf der Primarstufe zu streichen, würde in der Romandie nicht verstanden.»

Beat Zemp, als LCH-Präsident oberster Lehrer der Schweiz

DER WERMUTSTROPFEN

Der Sprachenkompromiss ist der Wermutstropfen in der Harmonisierung der kantonalen Volksschulen. Diese Bilanz zog die Erziehungsdirektorenkonferenz vergangenen Juni. **In diversen Deutschschweizer Kantonen, die nicht an der Sprachgrenze liegen, sind Absatzbewegungen im Gange**, am konkretesten im Kanton Thurgau (siehe Haupttext). Im März entspannte sich die Lage kurzzeitig, weil das Stimmvolk Nidwaldens einen Alleingang ablehnte. Unter dem Radar läuft der Kanton Appenzell Innerrhoden, der sich bisher um den Kompromiss fou-

tierte. Auch Uri erfüllt die Bedingungen nicht. **Um Gegensteuer zu geben, hat die EDK eine Reihe von Empfehlungen ausgearbeitet.** Die Anhörung dazu dauert noch bis Ende September. Im Grundsatz stimme die Richtung, lassen die Dachverbände der Lehrer und der Schulleiter ausrichten. Allerdings gibt es auch Bedenken. Die Delegierten des Verbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz haben dazu im Juni eine Resolution verabschiedet: **Die frühe Vermittlung zweier Fremdsprachen brauche auch entsprechende Ressourcen, wird darin betont.** cab

und Schüler bezahlen, hält Zemp fest. Gemäss eines Gutachtens des LCH müsste die öffentliche Hand für den Nachhilfeunterricht aufkommen, wenn es nach einem Umzug lehrplanbedingte Defizite aufzuholen gilt. Er selber kann die Haltung Thurgaus nicht nachvollziehen: «Französisch auf der Primarstufe zu streichen, würde in der Romandie nicht verstanden.» Auch für WBK-Präsident Aebischer steht der Respekt vor den anderen Landesregionen im Vordergrund.

Keine Freude an der Entwicklung dürfte EDK-Präsident Christoph Eymann haben. Er warnte schon im Juni vor einer offenen Konfrontation. Würde gegen eine allfällige Gesetzesänderung nämlich das Referendum ergriffen, sei bei einer Volksabstimmung eine ZerreiSSprobe zu befürchten. Eymann legt seine Hoffnungen nun in den Ständerat, dessen Bildungscommission keinen Handlungsbedarf sieht. Allerdings hatte sie am zweiten September noch nicht Kenntnis von der Entwicklung im Kanton Thurgau.

Christoph Aebischer